Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten (abends und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal) 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. Bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Zuschlage. Nachdruck aller Artikel u. Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraransprüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856.

Hauptgeschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr, Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis ½1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile (ca. 8 Silben) 20 Pfg. Ankündigungen auf der Privatseite Zeile 25 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 50 Pfg., als Eingesandt Zeile 60 Pfg. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen 1spaltige Grundzeile 30 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile auf Textseite und als Eingesandt 80 Pfg. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. Belegblätter werden mit 10 Pfg. berechnet.

Fernsprechanschluß: Amt I Nr. 11 und Nr. 2096.

Kotillon- und Scherzartikel — Saaldekorationen — Girlanden, Fahnen, Wappen — Illuminations-Laternen — Oscar Fischer Am See 21.

Moderner Schmuck — Oscar Zscheile — Prager Strasse 13, Ecke Ferdinandstrasse.

Otto Buchholz 28 Annenstrasse — empfiehlt Hüte jeder Art. — Eigene Fabrik.

Gummi- Schläuche, Platten, Schnüre, Ringe, Klappen, Puffer, Walzen, sowie alle Maschinenbedarfs-Artikel wie: Stopfbüchsen-Packungen, Selbstöler, Wasserstandsgläser, Maschinenöle — en gros — liefern in besten Qualitäten billigst — en detail — Gummi- u. Asbest-Compagnie — Reinhard Stichler & Böttger, Dresden, Wettinerstr. 16.

Kunstkorsetts zur natürlichen Ausgleichung unregelmässiger Körperformen fertigt als Spezialität in künstlerischer Vollendung Orthopäd M. H. Wendschuch sen. nur Marienstr. 22 b im Gartengrundstück. Sonntags geöffnet von 11—12 Uhr.

Nr. 307. Spiegel: Papst und italienische Wahlen. Gewinnansprüche. Milchuntersuchungen. Forstlicher Unterricht. Bezirksausschüsse. Gerichtsverhandlungen. Aerztliches Zeugnis. Wahrscheinliche Witterung: Kühl, veränderlich. **Sonnabend, 5. November 1904.**

Der Papst und die italienischen Wahlen.

Das Organ der Ultramontanen in Berlin erregte vor wenigen Tagen weithin berechtigtes Aufsehen mit der römischen Meldung, daß der Papst „mit Rücksicht auf die veränderten Zeitumstände" die italienischen Bischöfe ermächtigt habe, in besonderen Fällen den Katholiken die Teilnahme an den Wahlen zum Parlament zu gestatten. Daß ein waschechtes ultramontanes Blatt diese Nachricht verbreitete, ohne von vornherein selber Zweifel in deren Wahrheit zu setzen, zeigte, daß auch vom streng klerikalen Standpunkte aus der angebliche päpstliche Entschluß nicht für völlig unmöglich erachtet werden konnte, daß sogar schwerwiegende Gründe vorhanden sein müssen, aus denen sich die den italienischen Klerikalen bedingungsweise erteilte Erlaubnis zur Wahlbeteiligung wohl erklären ließe. Andererseits freilich erschien dem bedeutendsten Zentrumsblatte in Deutschland, der „Köln. Volksztg.", die Nachricht, obwohl sie die Berliner Kollegin und zwar aus vatikanischen Kreisen brachte, doch zu auffällig und seltsam, als daß sie ihr sofort Glauben hätte schenken können. Das bewies, daß man es hier jedenfalls mit einer Meldung zu tun hatte, deren Inhalt als ein ganz außergewöhnliches Ereignis von hervorragender politischer Tragweite bewertet werden und darum überraschend wirken mußte. Jetzt veröffentlicht das Kölnische Zentrumsorgan ein Dementi aus dem vatikanischen Staatssekretariat; darnach hat das päpstliche Wahlverbot keine Milderung erfahren, bleibt vielmehr im vollen Umfange bestehen.

Hätten den Papst Pius X. die bevorstehenden Neuwahlen zur italienischen Deputiertenkammer wirklich bewogen, diejenigen Katholiken, die in dem Papste nicht bloß ihren unfehlbaren geistlichen Oberhirten, sondern auch ihren ebenso unfehlbaren politischen Führer erblicken, am Sonntag den Gang zur Wahlurne ausnahmsweise zu gestatten, so würde er eine Tradition der vatikanischen Politik durchbrochen haben, die von seinen beiden Vorgängern grundsätzlich gepflegt worden ist und die er selbst bald nach der Uebernahme seines jetzigen Amtes ausdrücklich gewahrt hat. Pius IX. vor 30 Jahren hat für die italienischen Parlamentswahlen die Parole ausgegeben: „Ne elettori, ne eletti — Weder Wähler noch Gewählte!" Das folgte aus der Stellungnahme des Vatikans gegenüber dem italienischen Einheitsstaate. Der päpstliche Stuhl erkennt diesen nicht an, er protestiert fortgesetzt gegen dessen Existenz, weil das italienische Königreich dem Kirchenstaate ein Ende bereitet hat. Wer ein treuer Sohn der römischen Kirche sein und deren weltliche Ansprüche nicht verleugnen will, muß sich mit dem Papste auf den Standpunkt der Negation des kirchenräuberischen Staates und des unaufhörlichen Protestes wider ihn stellen und darf sich nicht der Inkonsequenz schuldig machen, dem Staate dadurch Anerkennung zu bezeugen, daß er an einer seiner wichtigsten Aktionen, an den Wahlen zu seinem Parlamente, Anteil nimmt. Und ein in das Parlament Gewählter würde ja direkt die päpstliche Politik insofern verleugnen müssen, als er in seiner Eigenschaft als Deputierter verpflichtet sein würde, den Eid auf diejenige Staatsverfassung abzulegen, die den Raub des Kirchenstaates zur Voraussetzung hat. Leo XIII. hat den unversöhnlichen Gegensatz zu dem italienischen Einheitsstaate beharrlich aufrechterhalten. Von seinem Vorgänger hat er die Formel „Non expedit" — d. h. für einen gläubigen Katholiken empfiehlt sich nicht die Ausübung des politischen Wahlrechts — nicht bloß übernommen, er hat sie sogar dahin kommentiert, daß sie das Wahlverbot bedeutet. Keine Gelegenheit hat er vorübergehen lassen, ohne den italienischen Staat und dessen Regierung mit den bittersten Vorwürfen zu überschütten, ohne die unabänderliche Notwendigkeit der Rückgabe Roms geltend zu machen. Als Pius X. den päpstlichen Stuhl bestieg, wurde vielfach, und zwar zuerst in den Reihen der italienischen Klerikalen, die Erwartung gehegt, er werde allmählich, wenn auch nicht theoretisch, so doch praktisch die unbedingt ablehnende Haltung der Unversöhnlichkeit und der starren Negation gegenüber dem Königreich Italien aufgeben. Es waren besonders die sog. christlichen Demokraten unter der Führung des Abbés Murri, die damit rechneten, daß der dritte Papst, der der weltlichen Herrschaft entbehren muß, das „Non expedit", das Verbot der Teilnahme an den politischen Wahlen, aufheben werde, damit sich die Katholiken am politischen Leben ihres Vaterlandes beteiligen könnten. Aber Pius X. ließ alsbald keinen Zweifel, daß er demnächst einen Wandel in der vatikanischen Politik nicht anzubahnen gedenkt. In seinem Erlasse über das christliche Wirken erklärte er, die christliche Demokratie Italiens dürfe an keiner politischen Aktion teilnehmen, die unter den gegenwärtigen Verhältnissen jedem Katholiken verboten sei. Daß er an dieser Auffassung auch angesichts der allgemeinen Neuwahlen, die zum ersten Male während seines Regiments stattfinden, festhält, beweist jenes Dementi der bedingungsweisen Aufhebung des päpstlichen Wahlverbots.

Konsequenz wird man dem Papste nicht absprechen können, wenn er aus der Verneinung des Daseins des italienischen Einheitsstaates den Schluß zieht, daß seine Anhänger nicht an den Funktionen dieses Staates teilnehmen dürfen. Aber realpolitisch ist das sicherlich nicht, und in den Kreisen des italienischen Klerikalismus wird schon lange die Ueberzeugung vertreten, daß die praktischen Interessen des Papsttums ungleich wirksamer gefördert werden könnten, wenn eine Versöhnung oder wenigstens ein modus vivendi mit dem italienischen Königreiche angebahnt würde. Solche Ueberzeugung würde auch längst zu erfolgreichem Durchbruche gekommen sein, wenn nicht innerhalb der römisch-jesuitischen Kirche der blinde Kadavergehorsam obwaltete und die Gläubigen befürchten müßten, durch Unbotmäßigkeit wider den Willen des unfehlbaren Papstes Gefahren für ihr ewiges Seelenheil heraufzubeschwören. In Italien herrschen in den breiteren Volksschichten nicht so kirchenfeindliche Gesinnungen wie in Frankreich; der Durchschnittsitaliener würde gern mit der Kirche in vollster Eintracht leben, wenn diese nicht beflissen wäre, seinen nationalen Errungenschaften Abbruch zu tun. Es sind bereits 17 Jahre verflossen, daß ein päpstlicher Vizearchivar eine „Versöhnung" betitelte Broschüre schrieb, worin die Anerkennung der gegebenen politischen Verhältnisse durch den Papst und alsdann ein verträgliches Zusammenwirken des Papstes mit dem König empfohlen wurde. Die Mehrheit des Klerus in Italien dürfte stillschweigend noch heute diese Ansicht vertreten. Denn man darf nicht übersehen, daß in Italien die römische Kirche den Charakter einer durch und durch nationalen Institution hat. Die vielfach so imponierende traditionelle Staatsweisheit der Kurie ist ein spezifisch italienisches Erzeugnis. Der Papst residiert in Rom und ist fast stets selber ein Italiener; der ganze Verwaltungsapparat der Zentralleitung der katholischen Kirche liegt beinahe ausschließlich in den Händen von Italienern, und es würde widernatürlich sein, wenn sich bei dem italienischen Klerus ein unlösbarer Gegensatz zwischen dem nationalen Empfinden und der Zugehörigkeit zur Kirche entwickeln könnte. Tatsächlich bleiben die mittleren und unteren Klassen des italienischen Klerus national gesinnt, und zum Teil erklärt es sich auch hieraus, daß die große Masse des Volkes in Italien der Kirche noch nicht untreu geworden ist, daß diese vielmehr noch immer in ihrem eigentlichen Heimatlande einen mächtigen Einfluß besitzt. Aber dieser Einfluß wird nicht, wie anderwärts, benutzt, um in das politische Leben einzugreifen und so die politischen Interessen der Kirche zu fördern. Das starre Festhalten an dem territorialen Anspruch auf die Weltherrschaft verhindert die vatikanische Politik, ihre unmittelbare Umgebung zu ihren Gunsten zu beeinflussen. Die Erfolge, die diese Politik während des letzten Menschenalters zu erzielen wußte, verdankt sie ihrem realpolitischen Grundzuge; in Italien jedoch verleugnet sie ihn; hier, wo die Macht der römischen Kirche ihre tiefsten Wurzeln hat, bleibt sie völlig aus dem politischen Leben ausgeschaltet. Man begreift das kaum, wenn man sich vorstellt, welche bedeutsame Rolle eine starke, geschlossene klerikale Partei im öffentlichen Leben Italiens, das in parteipolitischer Hinsicht so unsäglich zerklüftet ist, spielen könnte. Und daß es sehr wohl möglich wäre, eine solche klerikale Partei zu organisieren, lassen die Erfolge erkennen, die die italienischen Klerikalen bei den Wahlen zu kommunalen Körperschaften, auf die sich das päpstliche Wahlverbot nicht erstreckt, zu erzielen pflegen. Die Ergebnisse der Kommunalwahlen gerade in der jüngsten Zeit beweisen, daß der italienische Klerikalismus einen Machtfaktor darstellt, der ihn sehr wohl befähigen würde, eine Partei erstehen zu lassen, die früher oder später die Bedeutung erlangen würde, wie sie in Deutschland das Zentrum besitzt.

Der italienische Staat hat allerdings guten Grund, dem Papste dankbar zu sein, wenn er in seinem Starrsinn verharrt und sich von dem Verbot der Beteiligung seiner Anhänger an dem politischen Leben nicht zu entwöhnen vermag. Momentan, für den Wahlkampf, der am Sonntag entschieden wird, hätte zwar das Kabinett Giolitti die Klerikalen gern als Bundesgenossen willkommen geheißen; aber wenn dann schließlich eine Partei erwachsen würde von der Art des deutschen Zentrums, so müßte das für Italien dieselben bedenklichen Folgen zeitigen, wie es für Deutschland der Fall ist: ein italienisches Zentrum würde seine maßgebende Position in Monte Citorio zuletzt doch nur dazu benutzen, um allenthalben zu gunsten der Interessen der päpstlichen Hierarchie und auf Kosten des Staatswohls den Ausschlag zu geben.

Neueste Drahtmeldungen vom 4. November.

Zum Aufstand in Deutsch-Südwestafrika.

Kapstadt. „Cape Argus" erfährt, daß die Witbois nach Warmbad marschieren. Mehrere Farmer, die sich auf der Wanderung befanden, wurden erschossen. Die einzigen, noch von den Deutschen im Süden der Kolonie gehaltenen Stationen seien Warmbad und Keetmanshoop. Morenga griff die deutschen Truppen südlich der Karrasberge vor 14 Tagen an und tötete 3 Offiziere und 6 Mann. Die Eingeborenen schlossen sich den Witbois massenhaft an.

Zum englisch-russischen Zwischenfall.

Paris. Nach Meldungen aus London verlautet, es sei zwischen England und Rußland wegen der Zusammensetzung und der Tätigkeit der Schiedsgerichts-Kommission, die sich mit dem Zwischenfall vor Hull befassen wird, ein vollständiges Einvernehmen erzielt worden. Die Kommission werde in Paris tagen.

Tanger. Der russische Admiral Roschdestwensky stattete heute nach der Besichtigung des französischen Kreuzers „Alèber" noch dem englischen Kreuzer „Diana" und später dem Vertreter des Sultans Mohamed el Torres einen Besuch ab. Letzterer erwiderte den Besuch in der russischen Gesandtschaft. Beim Besuch wurden die üblichen Salutschüsse ausgetauscht.

Algier. (Priv.-Tel.) Die russischen Torpedobootzerstörer „Bleitaschtschi" und „Besupretschny" sind heute früh in See gegangen.

Der russisch-japanische Krieg.

Tokio. (Priv.-Tel.) Die Japaner sollen nach einer Meldung des „Daily Expreß" das letzte Fort auf der Ostseite von Port Arthur erobert haben. Fünf russische Kriegsschiffe seien im Hafen gesunken. Ein Teil des Südwestviertels der Stadt stehe in Flammen.

Schanghai. Hier verlautet, die Japaner hätten sämtliche Hauptpositionen im Nordosten der Festung Port Arthur eingenommen. Dem britischen Dampfer „Victoria" ist es gelungen, die Blockade von Port Arthur mit voller aus Rindfleisch bestehender Ladung zu durchbrechen.

London. Das Auswärtige Amt hat einer Reederei-Firma auf eine bezügliche Anfrage die Antwort erteilt, es sei den Schiffseigentümern nicht gestattet, ihre Schiffe zum Zwecke der Kohlenversorgung der russischen Flotte zu verchartern.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus hatte heute über das Scherlsche Sparsystem eine längere Debatte, die aber ausging wie das Hornberger Schießen, indem die dazu gestellten Anträge schließlich zurückgezogen wurden. — Es lag vor ein Antrag des Freisinnigen Fischbeck, der sich gegen jede Veranstaltung einer mit Sparkassen oder Einsammlung von Spargeldern verbundenen Prämienverlosung richtete, und ein Antrag Fritsch (nat.-lib.), der unter Ausschluß jedweden Lotteriecharakter tragenden Prämiensystems die Abholung von Spargeldern möglichst unter Mitwirkung der Post wünschte. Abgeordneter Fischbeck griff Scherl und sein Sparsystem heftig an, dieses sei unsittlich, da es den Spielteufel anreize. Preußen dürfe nicht zu einer großen Spielhölle gemacht werden. Minister Frhr. v. Hammerstein hielt dagegen das Scherlsche System wohl für geeignet, den Sparsinn in der Bevölkerung zu verbreiten. Das wesentlichste Bedenken gegen den Scherlschen Antrag sei gewesen, einer Person so weitgehende Konzessionen zu geben. Daß der Spieltrieb durch derartige Einrichtungen besonders stark gefördert würde, sei nicht zu befürchten. Wolle man den Anreiz des Spiels ausschalten, so müßte man auch jede Staatslotterie, jede Wohlfahrtslotterie, jede kleinste Wette zwischen zwei Personen verwerfen, auch das Wetten und Wagen, das an der Börse so sehr beliebt sei, müßte dann streng verboten werden. Gerade die Aussicht, etwas mehr zu verdienen, als die bloßen Zinsen, würde den Sparertrieb außerordentlich fördern. Die Konzession habe nur einer öffentlichen Körperschaft gemacht werden können. Herr Scherl habe sich immer bereit erklärt, so weit nötig und nützlich, mit seiner Person zurückzutreten. Redner habe mit dem Finanzminister beim Gesamtministerium die Erteilung der Konzession an den Sparkassenverband beantragt. Im Staatsministerium sei aber der Antrag nicht zur Verhandlung gelangt, weil sich Herr Scherl infolge der Anregung der öffentlichen Meinung veranlaßt gesehen habe, seinen Antrag zurückzuziehen. Damit sei die Frage nicht mehr akut, eine Chamade wäre aber bedenklich. Die Regierung gedenke die Angelegenheit in naher Zukunft nicht wieder aufzunehmen. Sie werde abwarten, ob im Publikum sich mehr Verständnis für den berechtigten Kern, der doch vielleicht in der Sache stecke, einstellen werde, oder ob die ganze Angelegenheit vollkommen zur Ruhe komme. Er bitte das Haus, sich nicht für alle Zukunft durch Beschlüsse zu binden. (Beifall.) — Abg. v. Wayna (freikons.) meinte, die öffentliche Meinung sei gegen Scherl von einer gewissen Presse scharf gemacht, die in ihm den Todfeind ihrer Art von Zonrnaliftik sähe. Dabei könne nicht geleugnet werden, daß Scherl ein genialer Mann sei, der eine große Umwälzung im deutschen Geistesleben hervorgerufen habe. (Lachen links.) Man werfe Scherl vor, daß er bei seinem System auf den Spielteufel spekuliere. Trotzdem werde hier alljährlich der Etat der Lotterieverwaltung genehmigt. Das ganze Sparkassenwesen habe in Preußen eine moderne Regelung noch nicht gefunden, und es sei höchste Zeit, das Versäumte nachzuholen. Daß Scherl dabei ausscheide und keine neue Zeitung gründet werde — man habe ja deren genug —, sei selbstverständlich. Der Spielteufel werde jedenfalls nicht erst angestachelt. Auch der kleine Mann, der spielen wolle, habe heute schon genug Gelegenheit dazu. Er bitte, die Anträge abzulehnen. — Abg. Dr. Faßbender (Zentr.) befürwortete die Einführung von Abholungsbefehlen, das heißt Aufträgen an die Post, Geld für Sparkassen oder Erwerbs- und Wirtschafts-Genossenschaften abzuholen. Interessant sei, daß gewisse Kreise, die doch an dem Börsenspiel keinen Anstoß nehmen, sich hier über die Verbindung von Prämien-Verlosungen und Sparkassen aufregen. Er halte es sehr wohl für zulässig, Anregung zum Sparen durch die Aussicht auf einen die gewöhnlichen Zinsen übersteigenden Gewinn zu geben. Die Gewinne sollten aber nicht sofort ausgezahlt, sondern auf gesperrte Sparkassenbücher eingezahlt werden. — Abg. Blell (freis. Volksp.) bekämpfte sowohl das Scherlsche System, das sich an die niedrigen Triebe der Menschen wende, wie die Heranziehung der Post bei der Annahme von Spargeldern. — Abg. Winckler (kons.) erklärte, nach der Aeußerung des Ministers sei die ganze Sache für absehbare Zeit tot, und es sei deshalb nicht notwendig, Beschlüsse darüber zu fassen. Die Ablehnung des Antrags Fischbeck bedeute aber keineswegs eine Billigung des Scherlschen Systems. — Abg. Dr. Arendt (freikons.) stellte fest, daß die Grundidee Scherls, die Abholung der Sparbeträge vom Sparer, eigentlich von allen Seiten gebilligt werde. Wer aber das Ziel wolle, müsse auch den Weg wollen: die Einführung der Sparmarken. Redner hoffte, daß das Scherlsche System in seinen Grundgedanken in irgend einer Form wieder auferstehen werde. — Abg. Brömel (freis. Ver.) verteidigte das Börsenspiel, das mit dem Lotteriespiel nicht auf eine Stufe zu stellen sei, da die Geschäfte der Börse nicht im Hinblick auf den blind waltenden Zufall, sondern unter Berechnung der für das einzelne Geschäft in Betracht kommenden wirtschaftlichen Faktoren abgeschlossen werden. — Abg. Fischbeck polemisierte in seinem Schluß-

Max Winklers Kinder- und Kurmilch — Hofl. Gerant — Trockenfütterung — nur Zwickauer Strasse 74/76. — Vollfach ärztl. empf.